Für ein Ende des Genozids und für ein Ende der Besatzung - Solidarität mit der Global Sumud Flotilla

Antragssteller:

KV Karlsruhe, KV Calw-Freudenstadt, KV Mannheim

Unterstützend:

KV Stuttgart, KV Tübingen, KV Rhein-Hardt, KV Esslingen, KV Heidelberg/ Badische Bergstraße, KV Emmendingen, L:SPR linksjugend [´solid]

Rocco Jörger (Delegierter Linksjugend [´solid]), Saltanat Abduvaliev (Listenplatz 7), Loo Krein (Deligierte:r Kreisverband Zollernalb-Sigmaringen), Kai Kuklok (Delegierter KV Karlsruhe), Tanja Kaufmann (Delegierte KV Karlsruhe), Klarina Hirschka (Delegierte KV Karlsruhe), Isabell Fuhrmann (Listenplatz 9), Lars Rinn (Deligierter KV Karlsruhe), Thomas Hanser(Präsidium LA,Parteirat,Listenplatz 26), Johannes Schmidt (Delegierter KV Karlsruhe), Patrick Schorer (Mitglied im Landesvorstand), Lars Kasüschke(Deligierter KV Tübingen), Katharina Poppei (Listenplatz 13, KV Tübingen), Lara Kubach (Deligierte Linksjugend ['solid]), Rudolf Bürgel (Delegierter KV Karlsruhe), Elwis Capece (Landessprecher), Maurice Frank (Deligierter Linksjugend [´solid]), Juni Schandl (Kreisverband Ortenau), Mersedeh Ghazaei (Kreisvorstand Stuttgart, LINKS*KANAX BW, Landeslistenplatz 3, Delegierte Stuttgart), Anna Frey (Delegierte Kreisverband Karlsruhe), Philipp Fränkle (Kreissprecher und Direktkandidat) Stefan Post (Kreisvorstand KV Esslingen), Florian Bohn (Kreisvorstand KV Esslingen), Jennifer Greiner-Bär (Kreissprecher*in KV Esslingen), Michelle Allion (Delegierte, Kreissprecherin KV Karlsruhe),Alena Laqua (Deligierte KV Karlsruhe)

Seit 77 Jahren sind Palästinenser*innen Vertreibung, Kolonisation und Unterdrückung durch den israelischen Staat und israelische Siedlermilizen ausgesetzt. Diese Politik der gezielten Vernichtung aller Palästinenser*innen eskalierte ab 2023 in Gaza vollends.

Da sämtliche Staaten dieser Welt ihrer Pflicht nicht nachkommen, die Menschen in Gaza zu unterstützen, machte sich im September die Global Sumud Flotilla auf den Weg nach Gaza um Lebensmittel und Medizin zu liefern. Die IDF kaperte die 44 Boote und entführte über 500 Aktivist*innen nach Israel. Darunter mehrere deutsche Staatsbürger*innen, unter anderem auch die aus Baden-Würrtemberg stammende Judith Scheyyt. Sie alle werden auch Tage danach noch im Gefängnis festgehalten. Die Bundesregierung äußerte sich nicht und unternam keinerlei öffentliche Anstrengungen die deutschen

Staatsbürger*innen aus der israelischen Gefangenschaft zu befreien. Zum aktuellen Zeitpunkt sind alle Teilnehmer*innen wieder frei und zurück, allerdings wurde einige Tage darauf die nächste Besatzung der Flotilla ("Consience") gefangen genommen. damit bleibt die seit über 15 jahren andauernde Seeblockade Gazas weiter ungebrochen.

Auch der aktuelle Waffenstillstand wird keinen Frieden bringen, so gehen selbst nach Freilassung aller israelischen Geiseln die Angriffe auf Zivilist*innen in Gaza weiter.

Die Linke Baden-Württemberg erkennt an, dass die israelische Kriegsführung in Gaza die Kriterien für einen Genozid erfüllt. Spätestens seit der Positionierung der weltweit führenden Organisation von Genozidforscher*innen IAGS ist es überfällig, dass unsere Partei ihre zögerliche Haltung überdenkt und sich den Argumenten anschließt, wie sie auch von Organisationen wie Amnesty International, medico international, B'Tselem, Physicians for Human Rights Israel sowie von UN-Expert*innen vertreten werden:

Seit dem 8. Oktober 2023 haben die israelischen Angriffe mehrere Zehntausende Menschenleben gekostet, darunter ein besonders hoher Anteil an Kindern. Ganze Familien wurden ausgelöscht, Wohnviertel, Schulen, Märkte und Krankenhäuser dem Erdboden gleichgemacht. Die Zivilbevölkerung wird systematisch entrechtet, vertrieben und in Lebensbedingungen gezwungen, die ein Überleben unmöglich machen. Die renommierte medizinische Fachzeitschrift The Lancet argumentiert plausibel, dass die tatsächliche Zahl der Todesopfer in Gaza sogar noch weit höher liegt, als offizielle Angaben es nahelegen.

Die Blockadepolitik, die Verhinderung von Hilfslieferungen und die gezielte Zerstörung des Gesundheitssystems führen zu Hunger, Seuchen und einer katastrophalen medizinischen Lage. Millionen Menschen leben unter permanentem Bombardement, ohne Zugang zu Wasser, Strom oder medizinischer Versorgung. Diese Gesamtheit an Handlungen erfüllt die rechtliche Definition eines Genozids gemäß der UN-Konvention: Tötungen, schwere körperliche und seelische Schäden sowie die vorsätzliche Schaffung von Bedingungen, die auf die Vernichtung einer Bevölkerungsgruppe abzielen. Besonders deutlich wird die Absicht durch die entmenschlichende Rhetorik führender israelischer Politiker*innen, die öffentlich davon sprechen, Gaza zerstören und unbewohnbar machen zu wollen.

Deutschland trägt eine Mitverantwortung für diesen Genozid. Mit der Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung an die israelische Regierung stärkt die Bundesregierung immer noch direkt jene Kriegsführung, die ziviles Leben zerstört und internationales Recht verletzt. Die Ankündigung der Bundesregierung, neue Genehmigungen für Waffenexporte an Israel teilweise vorübergehend auszusetzen, reicht nicht aus: Auch die laufenden Verträge, die von dem Exportmoratorium nicht betroffen sind, dürfen nicht erfüllt werden. Darüber hinaus darf die Bundesregierung Sanktionen gegen Israel auf EU-Ebene nicht länger verhindern.

Außerdem zeigte eine kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Lea Reisner, dass sogar der Stopp von neuen Exportgenehmigungen, für Waffen, die in Gaza zum Einsatz kommen, zurückgenommen wurde.

Wir fordern:

- einen sofortigen Waffenstillstand ohne weitere israelische Angriffe

- die Aufhebung der Blockade

- den uneingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe

- ein Ende der illegalen Besatzung Palästinas

- ein uneingeschränktes Recht auf Rückkehr für alle Geflüchteten

- die Freilassung der tausenden palästinensichen Geiseln in Israel sowie der dutzenden israelischen Geiseln in Gaza

- ein sofortiges Ende aller deutschen Rüstungsexporte nach Israel

- die internationale juristische Verfolgung der Verantwortlichen

- die Anerkennung von Palästina als Staat durch die Bundesregierung

- die Achtung von demokratischen Grundrechten bei Demonstrationen gegen den Genozid

- Sicherheit und Freiheit für alle Crewmitglieder von vergangenen sowie zukünftigen Hilfskonvois, die die Blockade durchbrechen wollen

Dafür arbeiten wir in unseren Kreisverbänden mit Bündnispartner*innen zusammen, um politischen Druck aufzubauen. Dort, wo keine Bündnisse möglich sind, planen wir eigene Aktionen und machen so unsere Haltung gegen den Genozid sichtbar.

Wir, als Die Linke Landesverband Baden-Wüttemberg, unterstützen das Recht auf Widerstand der palästinensischen Zivilbevölkerung gegen die völkerrechtswidrige israelische Besatzung, das Ende des defacto Apartheid-Regimes und fordern ein Recht auf Rückkehr der Vertriebenen in ihre Gebiete und Selbstbestimmung für die palästinensische Bevölkerung. Wir verurteilen die islamistische Hamas, sowie ihren Angriff und das Massaker am 7. Oktober auf das Schärfste. Der Kampf für Palästina und gegen dessen historische Kolonialisierung und Unterdrückung, durch das Vorgehen seit der Staatsgründung Israels, ist auch unserer. Den von der israelischen Regierung ausgeübten Genozid an der palästnensischen Bevölkerung, sowie alle, die diesen unterstützen, verurteilen wir aufs Schärfste.

Wir sind solidarisch mit linken Kräften für den Befreiungskampf in Palästina und unterstützen die israelische Friedensbewegung. Gemeinsam können wir eine gerechte Lösung erkämpfen und für ein Ende der Apartheid zwischen Jordanfluss und Mittelmeer eintreten.

Ebenfalls stehen wir an der Seite all derer, die international in konkreter Aktion gegen den Genozid kämpfen, wie etwa die Global Sumud Flotilla mit ihrem Versuch, die Blockade zu durchbrechen, die Gaza-Generalstreikenden in Italien oder auch Hafenarbeiter*innen, die sich weigern, Militärgüter nach

Israel zu verladen.

Gleichzeitig positionieren wir uns unmissverständlich gegen Antisemitismus. Unsere Grundlage ist die Jerusalemer Erklärung. Eine Vermischung nationaler Interessen des Staates Israel und seiner Regierung mit den Bedürfnissen von Jüdinnen:Juden weltweit lehnen wir ab. Wir betonen, dass Kritik am Staat Israel und Solidarität mit Palästina nicht gleichzusetzen sind mit Antisemitismus. Diese Diffamierung wird jedoch häufig genutzt, um legitime Kritik und Solidarität zu unterdrücken. Wir wenden uns gegen diese Instrumentalisierung, da sie den Kampf gegen tatsächlichen Antisemitismus schwächt.

Der Landesvorstand organisiert eine baden-württenbergweite Tagesveranstaltung mit Vorträgen und Diskussion zu dem seit Generationen bestehenden Konflikt in Israel und Palästina. Diese Konferenz soll die Grundlagen bilden für eine zu erarbeitende gemeinsame Position der baden-württembergischen Linken, die dann auch nach außen und gegenüber der Bundespartei vertreten wird.

Daher fordern wir auch den Bundesvorstand auf, unsere Position zu respektieren, sie nach außen zu vertreten, und sie nach Möglichkeit zu übernehmen. Demzufolge erwarten wir, dass der Genozid nicht in Frage gestellt wird, besonders nicht vom Bundesgeschäftsführer, so wie es auf der Aufstellungsversammlung zu unserer Landesliste am 20.09. geschah.

Begründung für Dringlichkeit:

Die Situation in Gaza wird immer schlimmer, zehntausende Tote und Hunderttausende die vor dem Hungertod stehen, trotz allem liefert die Bundesregierung wieder Waffen die in Gaza zum Einsatz kommen an Israel, wie eine kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Lea Reisner zeigte. Außerdem befand sich seit dem israelischen Angriff auf die Global Sumud Flotilla, Judith Scheyyt, eine deutsche Staatsbürgerin aus Baden-Württemberg für Tage in israelischer Gefangenschaft.

Beides geschah erst nach Ende der Antragsfrist.

Update zur aktuellen Situation:

Trotz Inkrafttretung des Waffenstillstands kommt es weiterhin zu Angriffen auf Gaza durch die IDF und auch der Siedlungsbau im Westjordanland dauert an. Dieser "Friedensplan" bringt zwar eine Verschnaufpause für die Menschen in Gaza, aber Besatzung und Apartheid dauern an. Außerdem droht nun der Ausverkauf Gazas an internationale Investoren unter dem Schutzschirm der US Army und Tony Blair.

Daher sehen wir den Beschluss dieses Antrags immernoch als notwendig an, da er als Grundlage für mehr palästinasolidarische Arbeit im LV dienen kann. Auch Judith Scheyyt ist mittlerweile wieder zurück in Deutschland, aber die Besatzung einer weiteren Flotilla der "Consience" wird weiterhin in Israel festgehalten.

Wir sehen aufgrund der anhalten Angriffe, Unterdrückung und offen geäusterten Vernichtungsphantasien (durch die isr. Regierung) sowie aufgrund der Entführung von weiteren dt. Staatsbürger*innen, die Dringlichkeit weiter als gegeben an.